Wilsdruffer Nachrichten

Tageszeitung für den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff

mit den Beilagen: Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Bezugspreis einschließlich der Beilagen beträgt frei ins Haus monatlich Mk. 2.—, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich Mk. 2.— Für unverlangt eingehende Manuskripte ist Rückporto beizufügen, andernfalls übernehmen wir keine Garantie. Verlag: Wilsdruffer Nachrichten, Wilsdruff i. Sa. Druck: Clemens Landgraf Nachfolger, Freital. Leitung der Redaktion: Wildhald Stelle, verantwortlich für den Textteil: Ernst Braun, beide in Freital, für Anzeigen: Albert Schiller in Wilsdruff. Wir behalten uns aus technischen Gründen ausdrücklich das Recht vor, Anzeigen aus den Wilsdruffer Nachrichten auch in anderen Zeitungen unseres Verlages abzudrucken.

Der Anzeigenpreis beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Reklamen die viergespaltene Petitzeile 50 Pfg. Für die Hauptgeschäftsstelle: Wilsdruff, Dresdner Straße 62 - Fernsprecher: Nr. 446 gegeben werden, wird keine Garantie übernommen. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Lesegeldes. Erfüllungsort: Wilsdruff.

Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig, bei verspäteter Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt bei verspäteter Zahlung, Klage oder Konkurs des Auftraggebers. Für Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für die Richtigkeit von Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, wird keine Garantie übernommen. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Lesegeldes. Erfüllungsort: Wilsdruff.

17 — Sonnabend, den 2. Mai — 1925

Schwere Eisenbahnkatastrophe im polnischen Korridor

Bis jetzt 28 Leichen geborgen

Ein D-Zug einen Abhang hinabgestürzt

Schneidemühl, 1. Mai. Der D-Zug 1. Endkuhnen—Berlin, ist heute morgen, 1 Uhr, im polnischen Korridor, zwischen den Stationen Scarosichin und Preuß. Stargard, auf freier Strecke entgleist, wobei die Lokomotive und mehrere Wagen den ziemlich steilen Abhang hinunterstürzten. Wie von Reisenden gemeldet wird, stehen nur noch der Schlafwagen und ein Wagen 1. Klasse. Nach Angaben von Reisenden soll die Anzahl der Toten 20 bis 30 betragen. Die Zahl der Verwundeten wird vorläufig auf 40 geschätzt. An der Entgleisungsstelle macht der Bahnkörper eine große Kurve. Der Zug wird durch den Korridor von polnischen Beamten geführt. Mit Polen sind vorläufig alle Verbindungen unterbrochen, da die Leitungen durchgerissen sind. An dieser amtlicher Stelle liegt noch keine amtliche Meldung vor.

*

Ein Attentat

Aus Schneidemühl meldet der Draht unter dem 1. Mai:

Mit dem am Freitag um 8 Uhr nachmittags in Schneidemühl einlaufenden Korridorzuge kamen in zwei Schlafwagen des verunglückten Zuges auch die geretteten Schlafwagenschaffner Hames, Drechsler und Gräber (Berlin) an. Nach ihrer Aussage ist das Zugunglück auf ein Attentat zurückzuführen.

Wie festgestellt werden konnte, wurden an den Schienen einige Laschen gelöst, die man später in der Nähe auffand.

Der erste polnische Hilfszug traf etwa zwei Stunden nach der Katastrophe an der Unfallstelle ein. Vorläufige Hilfe wurde den zahlreichen Schwer- und Leichtverletzten von zwei in dem verunglückten Zuge fahrenden Aerzten und zwei Krankenschwestern geleistet.

Die Zahl der Toten hat sich von 25 auf 28 erhöht.

25 konnten bisher identifiziert werden, die übrigen sind derart verstümmelt, daß eine Erkennung zur Stunde noch nicht möglich war. Unter den Toten befindet sich u. a. eine Mutter von fünf Kindern. Die Schwerverletzten wurden zum größten Teil dem Krankenhaus in Dirschau zugeführt. Die leichter Verletzten konnten ihre Reise fortsetzen. Vom polnischen Begleitpersonal wurde niemand getötet. Nur einige Beamte sind leicht verletzt. In den beiden Schlafwagen wurden Personalien von Reisenden gefunden, die noch nicht ermittelt werden konnten: Frl. Valentine Soulina (seine Französin), Sichtvermerk 784 vom 3. 3. 1925, Moskau. Deutsche Botschaft, ferner eine Frau Ehella Käthl aus Königsberg und ein Frl. Ella Ginsburg aus Krisanow in Rußland. Die Strecke Dirschau bis Stargard ist gesperrt. Der Zugverkehr wird durch Umleitung aufrechterhalten.

*

Der Bericht eines Augenzeugen

Von dem Eisenbahnunglück bei Preußisch-Stargard gibt ein Augenzeuge einen Bericht, in dem es u. a. heißt: Der auf den ersten Schlafwagen 3. Kl. folgende, sowie der nächste Wagen 3. Kl. sind ineinandergeschoben worden und in der Mitte durchgebrochen. Sie sind dann die 2 bis 3 Meter hohe Böschung, die sich an der Unfallstelle befindet, herabgestürzt. Der fünfte Wagen, sowie die übrigen Wagen stehen auf den Schienen; es sind dies hauptsächlich Wagen 2. Kl., der Schlafwagen 2. Kl. und der Postwagen. Die Lokomotive ist ebenfalls die Böschung hinabgestürzt. Der Lokomotivführer konnte sich durch Abspringen retten, er trug lediglich eine leichte Verletzung davon. Der Heizer ist unversehrt geblieben. Die Toten sind also hauptsächlich unter den Insassen der auf den Schlafwagen 3. Kl. folgenden Wagen zu suchen. Nicht gering ist auch die Zahl der Verletzten, die sich Arm- und Beinbrüche zugezogen haben. Ungefähr um 1 Uhr, eine Stunde nach dem Unglück, kam aus dem etwa 1—1½ Kilometer entfernten Preußisch-Stargard die erste Lokomotive, die einen Arzt mitbrachte. Dieser leistete mit Unterstützung eines im Zuge fahrenden Arztes die erste Hilfe. Da kein Verbandmaterial vorhanden war, wurden die Bettbezüge aus den Schlafwagen 2. Kl. als Verbandzeug benutzt. Es kamen dann zwei Personenwagen aus Preußisch-Stargard, die zunächst einen Teil der Verwundeten nach dort brachten. Die übrigen Reisenden aus den zerstörten Wagen wurden von den sich dort kreuzenden internationalen D-Zügen nach Königsberg bezw. Berlin mitgenommen. Bis 3 Uhr nachts habe ich Sanitätspersonal nicht gesehen. Um diese Zeit erschien auf dem Bahnhof Preußisch-Stargard der erste Feuerwehrmann. Dann fanden sich auch allmählich Rote-Kreuz-Kolonnen ein. Um 3½ Uhr erschien der Präsident der polnischen Eisenbahnen im Extrazuge aus Danzig.

*

Der Eisenbahnverkehr durch den polnischen Korridor ist durch das Pariser Abkommen vom 21. April 1921 geregelt. Danach haftet für alle auf den Eisenbahnstrecken des Korridors vorkommenden Unfälle diejenige Verwaltung, der die Unterhaltung der betr. Unfallstelle obliegt. Da sich die Stätte des gestrigen Unglücks im Bereich der polnischen Eisenbahndirektion befindet und außerdem der Zug vor der Einfahrt in den Korridor von polnischen Beamten übernommen wurde, ist die polnische Eisenbahnverwaltung für sämtliche Schadenersatzansprüche sowohl des Reiches als auch für die der Hinterbliebenen, der Getöteten und Verletzten zuständig. Ueber irgendwelche Streitigkeiten entscheidet ein ebenfalls im Pariser Abkommen vorgesehenes Schiedsgericht in Danzig, das sich aus einem Deutschen, einem Danziger und einem Polen unter dem Vorsitz des dänischen Generalkonsuls in Danzig zusammensetzt.

*

Unter den Toten des Eisenbahnunglücks befindet sich Bibliotheksrat Dr. Krieger, der eine bekannte Persönlichkeit in Königsberger wissenschaftlichen Kreisen und Führer der neuprotestantischen Bewegung in Ostpreußen war.

*

Reichskanzler Dr. Luther hat an den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft ein Telegramm gerichtet, in dem er bittet, den Angehörigen der Verunglückten und den Verletzten die aufrichtige Teilnahme der Reichsregierung auszusprechen.

Die politische Lage nach der Wahl

Fraktionssitzungen im Reichstage

Im Reichstage tagte am gestrigen Freitag eine Reihe von Fraktionen. Nach der Sitzung des Untersuchungsausschusses für die Ruhrentschädigungen trat um 2 Uhr nachmittags die demokratische Reichstagsfraktion fast vollzählig zusammen, um zur Reichspräsidentenwahl und den sich aus ihr ergebenden politischen Folgen Stellung zu nehmen. Außerdem beschäftigte sich die Fraktion mit dem Steuerentwurf und den Zollvorlagen.

Auch die Zentrumsfraktion hielt eine mehrstündige Sitzung ab, die sich fast ausschließlich mit den Steuer- und Zollvorlagen befaßte; ebenso tagte die Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Der Arbeitsplan des Reichstags für die nächsten Monate ist außergewöhnlich umfangreich. Nach dem jetzt vom Präsidenten Löbe im Einvernehmen mit dem Aeltestenrat aufgestellten Plan sind bis zum 4. Juli 43 Plenarsitzungen vorgesehen. Zur Pfingstzeit wird der Reichstag eine Pause eintreten lassen, die vom 28. Mai bis zum 8. Juni einschließlich dauern soll. In den weiteren Wochen bis zum Juli ist fast jeden Tag eine Plenarsitzung vorgesehen.

*

Hindenburgs Antwort an Marx

Hindenburg hat auf das an ihn gerichtete Schreiben des Reichskanzlers a. D. Marx geantwortet: Für Ihr freundliches Schreiben, das Sie am 28. April an mich zu richten die Güte hatten, spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus. Ich ersehe aus ihm zu meiner Freude, daß Sie auf dem gleichen Standpunkt stehen, den auch ich selbstverständlich im Falle Ihres Sieges bei der Wahl eingenommen haben würde. Ihre Wünsche für unser schwer darniederliegendes Vaterland sind die meinigen. Mögen sie sich erfüllen durch selbstlose einigende Arbeit aller, denen Deutschland höher steht als die Partei.

*

Die preußischen Stimmen bei der Präsidentenwahl

Wie der „Amtliche preußische Pressedienst" mitteilt, sind nach amtlicher Zusammenstellung auf Grund des vorläufigen Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl am 26. April im Freistaat Preußen insgesamt 19 054 502 gültige Stimmen abgegeben worden. Von diesen entfielen auf

Generalfeldmarschall Hindenburg	8 827 155
Reichskanzler a. D. Marx	8 284 090
Thälmann	1 281 451

Nach Prozenten berechnet hat Hindenburg 46,3, Marx 47,1, Thälmann 6,5 Proz. erhalten; auf die zersplitterten Stimmen fällt 0,1 Proz. — Bei der in fast absolut sicherer Aussicht stehenden Auflösung des preußischen Landtages haben diese Zahlen wertvolle Bedeutung für die Statistik wie für den Politiker.

Auf die lange Bank geschoben

Der Londoner Berichterstatter der Agentur Havas glaubt mitteilen zu können, daß die diplomatischen Verhandlungen zwischen London und Paris über die deutschen Sicherheitsvorschläge kaum vor Mitte Juni in eine entscheidende Phase treten könnten. Bis dahin würden die Regierungen ihren Meinungsaustausch nur in großen Linien behandeln. Briand wolle die Lage in eingehendster Weise mit seinen unmittelbaren Mitarbeitern prüfen, bevor er sich auf Verhandlungen einlasse. Darüber sei das Foreign Office gestern durch den französischen Botschafter verständigt worden. Die französische Regierung wolle der französisch-britischen Zusammenarbeit durch eine gewissenhafte Vorbereitung die festeste Grundlage geben sowohl in Wirtschaftsfragen wie in diplomatischen Angelegenheiten. Auch die britische Regierung wolle sich nicht überstürzen. Die erste zur Erörterung gelangende Frage betreffe die Antwort auf den deutschen Paktvorschlag. Hierfür werde die französische Regierung einen Antwortentwurf liefern, der jedenfalls nicht vor 10 Tagen überreicht werden könne. Wenn die französische, die englische, die belgische und die italienische Regierung sich geeinigt hätten, würden sie am gleichen Tage aber jede für sich der deutschen Regierung eine Antwort erteilen. Dies würde der Ausgangspunkt für Verhandlungen größeren Umfanges sein. Daneben würden die englische und die französische Regierung die Mitteilungen des Marschals Foch an die Botschafterkonferenz prüfen.

Julius Barmat in der Charitee

Julius Barmat ist gestern, nachdem ihn Geheimrat Kraus für haftunfähig erklärt hat, wiederum in die Charité übergeführt worden, wo er vorerst acht Tage verbleiben soll. Die Verteidiger haben nunmehr einen neuen Haftentlassungsantrag eingereicht, in dem darauf hingewiesen wird, daß für Julius Barmat eine Lebensgefahr bestehe, wenn er länger in Untersuchungshaft verbleibe. Weiter behauptet die Verteidigung, daß Barmat durch die Untersuchungshaft für sein ganzes Leben ruiniert worden sei, und beantragt eine Untersuchung darüber, ob sein Leiden erst durch die Untersuchungshaft entstanden sei, oder ob es sich in der Haft verschlimmert habe. Jedenfalls, so betont die Verteidigung weiter, dürfe nicht geduldet werden, daß Julius Barmat das Schicksal des Dr. Höfle erleide.

Der Kampf gegen Stresemann

In den parlamentarischen Kreisen sind gegenwärtig Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden Rücktritt des Außenministers Dr. Stresemann verbreitet. Amtlich werden diese Gerüchte nicht bestätigt, aber man läßt durchblicken, daß der Außenminister sich für die nächste Zukunft die größte Zurückhaltung auferlegt hat und nicht daran denkt, persönlich bei der Erörterung der wichtigen politischen Tagesfragen hervorzutreten. Man will daher neuerdings auch wissen, daß Reichskanzler Dr. Luther gegenwärtig in der Außenpolitik völlig den Ausschlag gebe und Dr. Stresemann nichts unternehme, ohne vorher den Reichskanzler befragt zu haben, der daran festhalte, bei wichtigen Anlässen die Meinung des Gesamtkabinetts einzuholen.

Die deutschnationalen Angriffe gegen den Außenminister haben neuerdings eine Wiederholung erfahren, und zwar wurde in verschärfter Form in der deutschnationalen Presse erklärt, daß die nationalen Parteien mit dem gegenwärtigen Außenminister keinen Schritt weiter zusammengehen dürften. Unter anderem wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß Dr. Stresemann in der Sicherheitsfrage ohne Einverständnis des Reichskanzlers selbständig vorgegangen sei. Die Regierungskreise behaupten allerdings noch immer, daß Reichskanzler Dr. Luther absolut entschlossen sei, die Politik des Außenministers mit seiner ganzen Person zu decken. Rechtsstehende parlamentarische Kreise wollen demgegenüber wissen, daß der Reichskanzler keinen allzu großen Wert mehr auf die Außenministerschaft Dr. Stresemanns lege, daß er es aber für ganz undiskutabel halte, unmittelbar nach der Reichspräsidentenwahl einen Wechsel im Außenministerium vorzunehmen. Aus diesem Grunde werde es noch einige Zeit dauern, bis der Kampf um den Außenminister durchgefochten sei.

Wie wir hören, sind gegenwärtig Versuche im Gange, um die Position Dr. Stresemanns wieder zu befestigen. Reichskanzler Dr. Luther hat bereits die deutschnationalen Führer wieder zu einer Besprechung eingeladen, um sie zu veranlassen, der Haltung des Außenministers in der Sicherheitsfrage ihre Zustimmung zu geben. Das gesamte Reichskabinett sei der Ueberzeugung, daß Deutschland auf die eine oder andere Weise doch noch zu einem Sicherheitspakt kommen müsse, wenn es sich nicht der Gefahr aussetzen soll, verschärfte Bedingungen in der Militärkontrollfrage entgegenzunehmen. Die Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den deutschnationalen Führern, der auch der Außenminister beiwohnen dürfte, ist für die nächste Woche anberaumt worden. Bis dahin dürfte über den Konflikt um Dr. Stresemann keine Entscheidung zu erwarten sein.

Im Reichstag spricht man davon, daß der Außenminister veranlaßt werden soll, noch innerhalb der nächsten 14 Tage ein außenpolitisches Programm zu entwickeln. Alle Parteien seien gleichmäßig daran interessiert, endlich zu wissen, was das Auswärtige Amt in den letzten Wochen unternommen habe, um die außenpolitische Situation zu klären, und welche Aussichten hinsichtlich der Lösung der Räumungsfrage bestehen. Die Reichsregierung hat zurzeit noch keine Entscheidung darüber getroffen, bis zu welchem Zeitpunkt man im Reichstag in eine Erörterung der außenpolitischen Situation eintreten kann, aber es scheint, daß bereits in allerkürzester

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF